

Bezugspreis:
Für den Monat September 1922 — M.
vorans zahlbar. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, Saar- und
Rheinland, sowie Ostpreußen und
Lauenburg 24.— M., für das übrige
Ausland 26.— M. Bestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg, Ostpreu-
ßen, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slawien und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Cirkulation und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 40.— M. Restamtszeitung 100.— M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Wort 12.— M. (zweifach) zwei fertige
Wörter 10.— M. (zweifach) und 6. Ab-
schnittsnummern das erste Wort 7.— M.,
jedes weitere Wort 5.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Wörter. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten 15.— M.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Größtens
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Dienstag, den 26. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptverteilung u. Inseraten-
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Lehnt Kemal ab?

Paris, 22. September. (WIB.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel, hat Kemal Pascha den Vorschlag, Thrazien bis zu einer endgültigen Entscheidung unter die Verwaltung des Völkerbundes oder Frankreichs zu stellen, abgelehnt. Er besche darauf, daß die Nationalisten sofort Thrazien übernehmen.

unwahrscheinlich gehalten, daß die Türken es zum Neuesten kommen lassen.
Eine gestern abend 8 Uhr aus Konstantinopel abgegangene Reutermeldung besagt, daß der Vertreter Angoras jetzt in Anbetracht des Umstandes, daß Erenköi vor Empfang der gemeinsamen Note der Alliierten besetzt worden war, mitteilte, der türkische Kommandeur ersuche um eine längere Frist als 48 Stunden, um mit seinen Vorgesetzten in Verbindung zu treten.

Die Lage im Orient.

London, 26. September. (WIB.) Reuter meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Kavalleriestreitkräfte, die sich gestern bei Erenköi in der neutralen Thrazienzone unter dem Schutze einer weißen Flagge zurückgezogen hatten, sind wieder in verstärkter Zahl und zwar schätzungsweise 2000 Mann, zurückgekehrt. Eine britische Abteilung hat eine Stellung halbwegs gegenüber Erenköi eingenommen und ist für jede Eventualität bereit. Eine weitere, gestern nachmittags 5.30 Uhr aus Konstantinopel abgegangene Reutermeldung besagt, daß die provozierende Aktion der Türken, die in die neutrale Zone zurückgekehrt sind, diesmal mit Maschinengewehren, eine ernste Gefahr des Friedens bedeute.
Der britische Befehlshaber der interalliierten Streitkräfte in Konstantinopel, Harrington, hat dem nationalistischen Vertreter in Konstantinopel mitgeteilt, er möge Mustafa Kemal ersuchen, das Zurückziehen der türkischen Kavalleriestreitkräfte zu befehlen. Angemessene Zeit werde zugestanden werden, damit diese Mitteilung den türkischen Oberbefehlshaber an den Dardanellen erreichen kann. Wenn er danach auf seiner herausfordernden Haltung gegenüber den Alliierten verharre, so würden die Folgen auf die Kemalisten fallen. General Harrington verfügt jetzt über Flugzeuge, die an Operationen mitwirken könnten. Es werde jedoch für

Venizelos soll helfen! Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Athen ist Venizelos durch das griechische Kabinett gebeten worden, seine Dienste dem in Not befindlichen Vaterland zur Verfügung zu stellen.

Rußland und die Dardanellenfrage.

Paris, 26. September. (EE.) Eine neue Erklärung des stellvertretenden russischen Volkskommissars für Kaukasien, Karachan, liegt vor. Er erklärte dem Moskauer Vertreter der „Chicago Tribune“, Rußland würde eine Lösung der Dardanellenfrage nicht zulassen, wenn es nicht an der Konferenz über diese Frage teilnehmen dürfe. Es werde Maßnahmen ergreifen, um seine Interessen zu wahren, wenn auch keine kriegerischen. Eine Lösung der Meerengenfrage ohne Rußland wäre überhaupt keine Lösung. Der Vertrag Rußland-Angora sehe die Freiheit der Dardanellen für alle Handelsschiffe vor, aber die Kriegsschiffe eines Landes dürften die Dardanellen passieren. Die Konferenz zur Lösung dieses Problems müsse sofort einberufen werden.
Riga, 26. September. (EE.) Wie aus Rostau gemeldet wird, kam es dort am Sonntag zu größeren Demonstrationen vor dem Hause der englischen Handelsabordnung. Revolutionäre Abzeichen und die grüne Flagge der Mohammedaner wurden umhergetragen, um die Verstimmlung über die Haltung Englands bekanntzugeben.

Verhandlungen in Berlin.

Die Präsidenten der Ausgleichsämtler Englands und Frankreichs treffen am 5. Oktober in Berlin ein, um mit der Reichsregierung Besprechungen über die künftigen Ausgleichszahlungen zu pflegen. Ueber die fälligen Ausgleichszahlungen in Höhe von 18,4 Millionen schweben noch Verhandlungen, deren günstigen Abschluß man demnächst erwartet.

Ueberreichung der Schatzscheine.

Paris, 26. September. (WIB.) Oberregierungsrat v. Derhen von der Kriegskostenkommission hat gestern der Reparationskommission gemäß der Entscheidung der Kommission vom 31. August 1922 zehn Schatzwechsel übergeben, und zwar vier Wechsel über je 10 Millionen und einen Wechsel über 7,4 Millionen Goldmark, die am 15. Februar 1923 fällig sind, ferner vier Wechsel über je 10 Millionen und einen Wechsel über 8,6 Millionen Goldmark, die am 15. März 1923 fällig sind. Gleichzeitig überreichte von Derhen ein Begleitschreiben mit einer offiziellen Uebersetzung ins Französische.

Jonnarts Reparationsprogramm.

Bruxelles, 26. September. (WIB.) Anlässlich der Eröffnung des Generalkonvents hielt Jonnart gestern eine Rede über die Reparationsfrage, der im Hinblick auf Gerüchte, wonach Jonnart die Nachfolge Dubois' zufallen werde, eine gewisse Bedeutung zukommt. Jonnart erklärte, daß der Abbruch der Reparationen lange genug gedauert habe. Die Verbrechen müßten gelöhnt werden. Das Menschenrecht müsse zusammenbrechen, wenn es sich bewahrheiten würde, daß die internationalen Verträge ungestraft verletzt werden könnten. Der gegenwärtigen französischen Regierung müßte voller Beifall gezollt werden. Sie habe versucht, das nationale mit dem internationalen Interesse in Einklang zu bringen. Ihr Programm sei auch das feine und das seiner politischen Freunde. Man müsse von Deutschland weit mehr Sachleistungen als bisher und kräftiger zu erlangen suchen. Die Darlehenleistungen aber sollten durch eine große internationale Anleihe erleichtert werden. Damit Deutschland Aussicht habe, eine Anleihe zu bekommen, müsse es auf seine finanziellen Vertümer verzichten und im besonderen auf die Kapitalflucht. Es müsse einer strengen Kontrolle seiner Ausgaben zustimmen und gleichzeitig den Gläubigern feste Garantien anbieten. Das sei seine Pflicht und auch sein Interesse. Es sei zu hoffen, daß Deutschland zur Besserung komme. Frankreich sei auf keinen Fall gewillt, gleichzeitig mit Deutschland dem Verderben entgegenzugehen. Es werde bis zum äußersten sein Recht verteidigen.

Die Ausweisungen aus Litauen.

Zu der Ausweisung Deutscher aus Romno wird mitgeteilt, daß die von der „Litauischen Zeitung“ beanstandeten Tatsachen schon längere Zeit zurückliegen. Untergeordnete Behörden hatten bei der litauischen Regierung 42 Anträge

auf Ausweisung von Deutschen gestellt, weil der Wohnungsmangel in Litauen sehr groß war. In den meisten Fällen ist es der litauischen Regierung aber gelungen, die Ausweisungsbefehle zurückzunehmen. Von einer Beschlagnahme der Wohnungen des deutschen Geschäftsträgers oder deutscher Beamter ist nicht die Rede.

Eine derartige Handlung der litauischen Regierung wäre um so unverständlicher, da zurzeit mit Deutschland Verhandlungen über die Stabilisierung der litauischen Währung geführt werden. Der Versuch Litauens, eine eigene goldgarantierte Währung mit englischer Hilfe zu begründen, muß als endgültig gescheitert betrachtet werden. Die litauische Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, in Deutschland vorzusühnen, ob nicht auf der Basis der deutschen Mark ein Abkommen getroffen werden könnte. Diese Verhandlungen werden zurzeit mit der Reichsbank geführt.

Ein Widerruf.

Keine russisch-chinesisch-deutsche Allianz.

Zu den Pressemedungen über Verhandlungen betreffend eine russisch-chinesisch-deutsche Allianz, die angeblich zwischen einem Abgesandten der früheren sibirischen Regierung und dem ehemaligen deutschen Gesandten in China, Herrn v. Hinzpfe, gepflogen worden sein sollen, wird amtlich mitgeteilt, daß der deutschen Regierung von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist, und ebensowenig von einer angeblichen amtlichen Mission Herrn v. Hinzpfe nach Rußland. Wie Herr v. Hinzpfe mitgeteilt hat, sind auch von ihm Verhandlungen über eine derartige Allianz nicht geführt worden.

„Agrarreform“ in Polen.

Beschleunigte Liquidierung des deutschen Grundbesitzes.
Warschau, 25. September. (Polnische Telegraphenagentur.) In der heutigen Sejmung wurde eine Novelle zum Gesetz vom 15. Juli 1920, betr. die Ausführung der Agrarreform beschlossen. Die Novelle betrifft eine Beschleunigung der Liquidierung des deutschen Grundbesitzes in Posen und Pomerellen, wozu die polnische Regierung durch den Versailles Vertrag ermächtigt ist.

Dollar 1445 bis 1455.

Seit einigen Tagen hat der Verkehr am hiesigen Devisenmarkt sehr stark nachgelassen, da der Börsenvorstand Maßnahmen getroffen hat, um die rein spekulativen Geschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln nach Möglichkeit auszuschalten. Infolgedessen spielt sich der Devisenverkehr nur innerhalb eines fest begrenzten Kreises größerer Bankfirmen ab. Die bisherigen Mittläufer wenden sich anderen Geschäften zu. Heute war die Tendenz des Devisenmarktes bei geringen Umsätzen sehr fest. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 1445 bis 1455 gehandelt. An der Effektenbörse macht sich infolge der leichteren Geldmarktsverhältnisse ein lebhaftes Treiben bemerkbar. Die Kurse der Industriepapiere zogen heute wieder kräftig an.

Um Lebensmittelzölle.

Kampf ums Brot in der Tschechoslowakei.
P. Prag, 25. September 1922.

Die tschechoslowakische Regierung hat alle Bürger des Staates zu einem harmonischen Zusammenwirken zwecks Behebung von Krise und Leuerung eingeladen. Sie hat sich auch an die Agrarier gewendet und dabei, der schwierigen Behandlung dieser Herrschaften eingedenk, alle Lebenswürdigkeit aufgebracht, deren die Amtssprache fähig ist.

Diese Lebenswürdigkeit wird von den Agrariern keineswegs erwidert. Was sie aus den Worten der Regierung herauszuhören, ist deren Abneigung, sich in solcher Zeit auf Agrarzölle einzulassen, was das Fass zum Ueberlaufen bringen müßte. Endlich wird wenigstens bei den Produkten der Landwirtschaft eine Verbilligung ein, und das soll durch den Schutzoll zum Stillstand gebracht oder in sein Gegenteil verwandelt werden. Die Stimmung gegen die Agrarier, durch deren Habgier die städtische Bevölkerung durch acht Jahre so sehr gelitten, ist überaus gereizt, und die Regierung weiß, daß sie den Staat in die größte Gefahr brächte, wenn sie jetzt den nach Agrarzöllen sich heifer schreienden Herrschaften nachgäbe. Freilich wird durch die Notwendigkeit des antizöllnerischen Verhaltens die Bildung der neuen Regierung stark erschwert. Die Vertrauensmänner der Agrarier in der bestehenden Regierung mögen es schwer haben, da sie jetzt ihren drängenden Wählern eingestehen müssen, daß die schier unbegrenzt erscheinende Macht der agrarischen Regierungsteilhaber an den Notwendigkeiten des Augenblicks doch ihre Grenze erhalten hat.

Vor einiger Zeit sprach der Landwirtschaftsminister Stanek in einer Bauernversammlung. Er sprach als echter Agrarier. Daß sein Standpunkt mit der vom Ministerium angekündigten Politik, für die er mitverantwortlich ist, unvereinbar ist, darum kümmert sich niemand. Man nimmt an, daß das agrarisch-radikale Geschrei doch nur eine Art Rückzugsanonade nach der Niederlage ist, die die Agrarier in Wirklichkeit erlitten haben. Noch stärker wie bei den Tschechen ist der Ausdruck der Entrüstung bei den deutschen Agrariern. Hier mischt sich in die agrarische Enttäuschung der nationale Furor. Der Führer der deutschen Agrarier ist der Abgeordnete Krzepak. Sein nicht sehr deutsch klingender Name hindert ihn keineswegs, den starken deutschen Mann zu mimen und gegen die tschechische Regierung die größten Drohungen zu schleudern, weil sie sich an dem größten nationalen Gut, an den Gewinnen der Bauern, vergreifen will. Es ist noch gar nicht lange her, daß gerade der Abg. Krzepak für den politischen Gedanken eingenommen schien, sich auf den Boden des tschechischen Staates zu stellen und seine Wege von den Hypertonialen zu scheiden. Er fand dafür bei den Tschechen freundliche Anerkennung, bei der deutschen Nationalpartei und bei den Nationalsozialisten jenen Widerstand, der so weit ging, daß die beiden Parteien ihre Verbindung mit den Agrariern löseten und sich zu einem festen Sonderbündnis zusammenschlossen. In den letzten Tagen beschlossen sie sogar, von nun an ihre Politik der Beschämpfung des Staates aus dem Parlament in die deutschen Städte zu verlegen. Diese antiparlamentarische und antistaatliche Politik will nun auch Krzepak für die Agrarier mitmachen. Denn die Tschechen bedrohen jetzt das Allerheiligste — das deutsche Eigentum, die deutschen Gewinne. Das ist noch schlimmer als die Angriffe auf deutsche Schulen, auf deutsche Kulturgüter, die nicht imstande waren, die deutschen Bauern in eine unversöhnliche Gemütsverfassung zu versetzen.

Die deutschen Agrarier halten der Regierung ein Programm entgegen, das von aller Sentimentalität angeichts der Wirtschaftskrise freibleibt. Auf einem judetensländischen Bauerntag in Jägerdorf (Schlesien) verlangen sie sofortige Einführung eines Schutzolls für sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die Mineralisierung des Gesehes über die Vermögensabgabe und die Streichung der Vermögenszuwachsabgabe. Zur Begründung dieser nicht gerade bescheidenen Forderungen erzählen sie wahre Räuber-geschichten über die Verschlechterung ihrer Lage. Sie behaupten, daß die Getreidepreise auf ein Viertel des Vorjahres zurückgegangen seien und ähnliches. In Wirklichkeit schaut es natürlich anders aus. Ein Rückgang der Preise für Mehl, Kartoffeln, Milchprodukte und Obst ist zu verzeichnen, übersteigt im Durchschnitt aber nicht 30 Proz. Die Preise für Fleisch und Fleischprodukte sind dagegen noch höher wie im Vorjahre.

Damit nun der Ernst nicht des Satirspielers entbehre, wird von dem agrarischen Hauptorgan, der „Deutschen Landpost“, zur Bildung von agrarischen Kampfverbänden aufgerufen, denen man zugleich Richtlinien mit auf den Weg gibt. Um die Arbeiter und die Industriellen zu zwingen, für die Agrarzölle einzutreten, wird empfohlen, den Ankauf von landwirtschaftlichen Werkzeugen, die Baukäuflichkeit und den Bezug von Hausbrandholz einzuführen. Alle durch eine vereinfachte Wirtschaftsweise sich erübrigenden Arbeiter und Angestellten sollen entlassen werden, besonders, wenn sie sich nicht im Interesse der Agrarier betätigen, sondern sozialistisch verhezt sind. Gegen die eigenen pflichtvergessenen Standes-

genossen sollen Geheimmittel „von überraschender Durchschlagkraft“ erprobten Helfern anvertraut und von diesen durchgeführt werden.

Der Versuch, zur Aushungerung und zu Terrorakten aufzufordern, erscheint angesichts der sozialen Kräfteverhältnisse ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Seine Urheber gehören in die Kaltwasserheilanstalt, und die großagrarisches Hintermänner, die mit kalter Ueberlegung hemmungslos Nahrung zu solchen Hegeleien mißbrauchen, gehören hinter Schloß und Riegel.

Demokratische Illusionen.

Das führende Blatt der Demokraten ist das „Berliner Tageblatt“, und der führende Mann dieses Blattes auf dem Gebiet der inneren Politik ist Herr Erich Dombrowski. Hält man sich diese Tatsache vor Augen, so erschrickt man geradezu über die Unklarheit und Unsicherheit eines Artikels, den Herr Dombrowski im „B. T.“ der Einigung des Sozialismus widmet. Darin wird behauptet, daß durch die Einigung „ein Bazillus des Radikalismus“ in den Regierungsblok eingedrungen sei. Ein paar Zeilen weiter unten wird erklärt, die Sozialdemokratie habe durch ihr Aktionsprogramm „ein Kompromiß mit der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung geschlossen“.

Herr Dombrowski versichert: „Nun brauchte die Koalition der Mitte“ — und damit meint er offenbar die bisherige Koalition — „an sich nicht mehr fremder Krücken und wäre gegen jeden Windstoß von rechts oder links gefeit.“ Trotzdem will er aber auch die Volkspartei in die Reichskoalition mit hineinhaben. Denn gegen den „radikalen Flügel“ der Sozialdemokratie brauche man ein Gegengewicht. Nun mag es Herrn Dombrowski selber aufgefallen sein, daß er zwischendurch den „Bazillus des Radikalismus“ schon in dem großen Kompromiß mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hatte verschwinden lassen, und daß seine Beweisführung für die Notwendigkeit einer Koalitionserweiterung nach rechts stärkerer Gründe bedarf. Was er nun zu diesem Zweck ins Feld führt, ist so interessant, daß es wörtlich wiedergegeben zu werden verdient:

In demselben Augenblick aber (in dem die Sozialdemokratie ihr schon erwähntes „Kompromiß“ schließt, Red. d. „B. T.“) erhebt auf der anderen Seite ein neuer Machtfaktor sein Haupt und wirft einen tiefschwarzen Schatten auf den Staat. Der Kapitalismus, der jahrelang in einem Ueberkapitalismus auszuarten. Einige wenige Industriekapitalisten versuchen, auf ihre Milliarden und auf ihre internationalen Verbindungen pochend, einen Staat neben dem Staat aufzurichten und nicht nur eine innen-, sondern auch eine außenpolitische Nebenregierung zu etablieren. Auf was anderes laufen die Privatverträge der Herren Stinnes und Genossen mit den französischen Wiederaufbaugesellschaften hinaus als auf eine selbständige Industriepolitik, die, wie einst in vergangenen Jahrhunderten die Territorialstaaten, selbständige Verträge mit dem Auslande abschließen und es dem Reiche dann überlassen, die Kosten dafür aufzubringen? Es ist die höchste Zeit, daß dieser wildwuchernde Kapitalismus in die verantwortungsvolle politische Mitarbeit eingefügt und gleichsam unter eine laufende Kontrolle gestellt wird.

Herr Dombrowski will also den Ueberkapitalismus bekämpfen, indem er ihm das Recht gibt, seinen Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte zu stärken und Hand auf einige Ministerportefeuilles zu legen! In einer Polemik, die in der Absicht geführt wird, höflich zu bleiben, läßt sich gegen eine solche Art von Beweisführung schlechterdings nichts sagen.

Herr Dombrowski sagt, daß die alte Koalition jetzt zahlenmäßig stark genug ist, um keiner Krücken zu bedürfen. Er sagt, daß ein „Bazillus des Radikalismus“ in die Sozialdemokratie eingedrungen sei. Er weiß, daß sich die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion bisher gegen die „große Koalition“ ablehnend verhalten hat, und er dürfte auch wissen, daß sein so absonderlich begründeter Lieblingsplan bei den bisherigen

Unabhängigen kaum Freunde haben dürfte. Trotzdem behauptet er, der Reichskanzler habe jetzt „völlig freie Hand“, auch die Volkspartei in die Regierung einzuladen, und es bedürfe sozusagen „nur eines Klingelzeichens“, um die große Koalition in Erscheinung treten zu lassen. Aus der Tatsache, daß die Parteitage neue Bindungen der Reichstagsfraktion nicht vornahmen, schließt er ohne weiteres, daß die Sozialdemokratie mit der großen Koalition einverstanden sei. Nun also „das Klingelzeichen“ erwartend, fügt er mit schönem Bilderreichtum hinzu:

Wir rühren aber nicht gleich die Hände zum Klatschen, wie beim Auftreten eines berühmten Pianisten, sondern warten in aller Ruhe erst ab, welche Melodien die neue Parteikonstellation auf dem Flügel anschlagen wird. Denn mancher Komponist, der sich hinsetzte, um innerlich jubelnd, eine Sinfonie zu schreiben, brachte es, schweißtriefend, schließlich nur zu einer Kataphonie.

Wenn Herr Dombrowski selber gegen die neue Musik solches Mißtrauen hat, warum will er es nicht zunächst einmal mit der alten weiter probieren? Hat sie ihm so schlecht gefallen? Wir sehen zunächst nur die Tatsache, daß die Regierung Birht eine feste Mehrheit auch ohne die Volkspartei hat. Wollten die Demokraten diese Mehrheit sprengen, so liesse die Verantwortung dafür auf sie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hofft allerlei schönes für die Deutschmonarchisten. Sie sieht schon die Koalitionspolitik endgültig abgelehnt und damit die Bahn frei für deutschnationale „positive“ Mitarbeit:

Auf der ganzen Linie hat sich in und vor Augsburg in der Mehrheitssozialdemokratie eine entschlossene Abkehr von den Vernunftsterrungenskosten ihrer praktischen Mitarbeit in der Koalition, eine Rückkehr zu ihren früheren primitiven, radikaleren Auffassungen gezeigt. Das war bereits die Vorwirkung der Einigung von Nürnberg. Schließlich mußte doch in manchen Dingen eine mittlere Linie gefunden werden; etwa zwischen dem „Nationalismus“ eines Sollmann und der schönen Auffassung des unabhängigen Herrn Crispian, daß es kein Vaterland gibt, das Deutschland heißt; zwischen der Anschauung eines Pöus, daß man als Sozialist am besten mit dem Großkapitalismus umgehen könne, und des alten Sozialisierungsenthusiasmus; zwischen den Leuten, die die Weimarer Verfassung immerhin als eine Errungenschaft der Revolution betrachten, und den Anhängern der Diktatur des Proletariats, für die Fräulein Toni Senders von der bisherigen U.S.P. verfiel, man werde „den Kampf gegen den Geist der Weimarer Verfassung aufnehmen“. Daß diese mittlere Linie erheblich absetzt von der bisherigen Koalitionspolitik führt, daß sie ganz einfach innerhalb der vereinigten Sozialdemokratie eine erhebliche Radikalisierung der bisherigen Mehrheitssozialisten darstellt, darüber kann im Ernst nicht der mindeste Zweifel sein.

In der „Wost. Ztg.“ dagegen, die den Deutschdemokraten nahesteht, wird ein Appell an die bürgerlichen Parteien gerichtet, nun erst recht republikanisch zu sein:

Es ist vorauszusehen, daß hinsichtlich der Koalitionsbildungen die vereinigten Parteien schwieriger sein wird, als es die alte Sozialdemokratie war. Man wird auf bürgerlicher Seite sehr vorsichtig sein müssen, namentlich in allem, was republikanische Fragen betrifft. Man muß verstehen lernen, daß eine Verklärung der Belastungsprobe für die Sozialdemokratie über ein gewisses Maß hinaus sie heute zwingen würde, sich aus dem Regierungsschiff auszubooten, wo früher noch Kompromisse möglich waren.

Die bürgerliche Demokratie kann nicht über die Tatsache hinweggehen, daß ohne und gegen die Arbeiterschaft nicht einmal formal regiert, geschweige denn praktisch gearbeitet und wirtschaftlich aufgebaut werden kann. Auf absehbare Zeit kann deshalb keine parlamentarische Koalition die Sozialdemokratie entbehren, die den ziffernmäßig stärksten Teil der Arbeiterbewegung nicht bloß hinter sich hat, sondern in sich trägt. Sie ist ein Teil dieser Arbeiterbewegung. Die bürgerliche Demokratie kann aber ebensowenig verkennen, daß die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien eine Stärkung jeder republikanischen Regierung, vor allem aber eine Konsolidierung des

deutschen Parteiwesens bedeutet. Daher verdient sie Verständnis, selbst wenn dieses Verständnis Geduldproben erfordert.

In Verlegenheit ist „Die Zeit“, das Organ der Deutschen Volkspartei. Sie weiß mit der Tatsache der Einigung weder so nach so etwas anzufangen und pendelt hilflos hin und her:

Für die Weiterentwicklung der Dinge wird der Geist entscheidend sein, der in der vereinigten Sozialdemokratie herrschen wird. Niemand vermag heute zu sagen, ob der Erfolg dieser Vereinigung eine Radikalisierung der Partei bedeutet oder nicht. Namen, wie Crispian und Rosenfeld, schrecken. Wie weit aber der politische Ungeist, der sich in ihnen verkörpert, in der vereinigten Sozialdemokratie führend sein wird, steht dahin. Heute liegen ja die Dinge so, daß die Gegensätze der Anschauungen gar nicht gekennzeichnet sind durch die Grenzen der Parteien und Fraktionen, sondern durch die Parteien und Fraktionen hindurchgehend. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Buk in Dresden ist aus ganz anderem Holz geschnitten als Herr Heßlich aus Chemnitz, dem die Sozialdemokratie des besetzten Gebietes bringend eine politische Erziehungsstunde im besetzten Saargebiet empfahl. Herrmann Müller ist außen- und innenpolitisch von anderer Einstellung als etwa der Vizekanzler Bauer. Den Worten Crispians, der für den Arbeiter kein Vaterland anerkennen will, steht das Bekenntnis einer Persönlichkeit wie Sollmann gegenüber, der den Begriff deutsches Vaterland auch für den deutschen sozialistischen Arbeiter mit dem Gefühl der Achtung und Hingabe verbinden will... Man wird abwarten müssen, welche Köpfe in der großen Fraktion sich emporarbeiten und welche Richtung sich durchsetzt, um über die sozialistische Zielsetzung der Zukunft ein Urteil zu fällen.

Wer lebt, wird sehen — zitierte Bethmann. Es ist kein Zeichen von hervorragendem politischen Verständnis, wenn angesichts der Wiedervereinigung die bürgerliche Presse lediglich ähnliche Drahtsprüche von sich gibt.

Beratungen über Zuckerwirtschaft.

Das Preussische Staatsministerium tritt heute nachmittag zu einer Besprechung zusammen. Der Hauptgegenstand der Beratungen wird die Zuckerbewirtschaftung sein. Es ist anzunehmen, daß die Vorschläge des obdunburgischen Ministerpräsidenten Langen mit zur Debatte stehen.

Kosbachs Nachwächter.

Stettin, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf Antrag des Staatskommissars hat die Stettiner Kriminalpolizei am 20. September im Kreise Pory eine Untersuchung vorgenommen, die sich auf Feststellungen über Waffenlager und Geheimbünde bezog. Es wurden wichtige Feststellungen gemacht, u. a. wurden auch die Besichtigungen der Gutsbesitzer v. Wedel, v. Bonin und v. Rasso unterzucht. Hier wurden Waffen und Munition gefunden und dabei nachgewiesen, daß die hier im Kreise Pory bestehenden Vereine, der Verein für Wanderausfahrten und die Nationale Sparvereinigung, mit der ehemaligen Kosbach-Organisation identisch sind. Die Mitglieder dieser beiden Vereine sind ehemalige Kosbacher. Sie sind auf den Gütern als Nachwächter und Feldhüter beschäftigt. Die Leiter dieser Geheimbünde tragen noch die alten Ehren und nennen sich Feldwebel, Leutnant usw. Bei den Durchsuchungen wurden Mitgliederlisten und Aktienstücke gefunden und beschlagnahmt. Verhaftungen sind nicht vorgenommen worden, die Vernehmungen fanden vielmehr an Ort und Stelle statt. Die Protokolle hierüber sind an den Oberstaatsanwalt zur Weitergabe an den Staatsgerichtshof gefandt worden. Alle Mitglieder dieser Organisationen sind im Besitze von Waffenscheinen.

Ein neues Reichstagsmitglied. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Kreisshulca a. D. Ezzepont (3.) in Kaitowitz, der seinen Wohnsitz in Ost-Oberschlesien beibehält, ist infolge Erwerbs der polnischen Staatsangehörigkeit aus dem Reichstage ausgeschieden. An seiner Stelle ist der Rechtsanwalt Geh. Justizrat Seibt in Reife (3.) in den Reichstag eingetreten.

Ein neuer französischer Botschafter in Berlin. Eine Pariser Havas-Nachricht, die sich mit den voraussichtlich am nächsten Donnerstag im Ministerium zu besprechenden Änderungen in der Verwaltungsbeamtenliste befaßt, meldet als aussichtsreichen Kandidaten für den Berliner Botschafterposten den Präsidenten im Departement Alpes Maritimes Bernard.

liner Kunstwelt bekanntgeworden ist. In seinen Dekorationen und Kostümen für den „Hauen Vogel“ übertrug Tschelitschew den Charakter des nur in Gebärden Redenden auf das Gewand, in dem er starke Flecken nebeneinander setzt und das Kleid in farbiger Bewegung mitreden läßt. Die anderen Maler, die mit ihm zusammenarbeiten, sind Gessjoff, Bogjaeff und Bobermann.

Eine „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ ist gelegentlich der Naturforscherversammlung in Leipzig gegründet worden. Das Ziel der Gesellschaft soll sein, die gewerbehygienische Forschung in jeder Form zu fördern, die Kenntnis von den Ergebnissen dieser Forschungen in weitestem Kreise der Bevölkerung hinauszutragen und ihre Durchführung zu ermöglichen. Ein Arbeitsausfluß, der aus je einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsgesundheitsamts, des Reichsversicherungsamts, des Verbandes der Berufsvereinigungen, des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten, des Instituts für Gewerbehygiene, der deutschen Krankenkassen, je 3 Vertretern der Deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und 6 Vertretern der ärztlichen Gewerbehygiene besteht, wurde mit der Ausarbeitung der Satzungen und der Aufstellung des Arbeitsplanes beauftragt. — Der Gesellschaft sind bereits weit über 100 Mitglieder, einzelne Persönlichkeiten, Unternehmungen und Vereinigungen, beigetreten. Anmeldungen zur Mitgliedschaft sind vorläufig an Prof. Dr. Curschmann, Wolfen, Kreis Bitterfeld, zu richten, der auch bereit ist, alle näheren Auskünfte zu erteilen.

Neue Prüfungsstellen für Lichtspielvorführer. Wie die „Lichtbild-Bühne“ berichtet, haben sich die Landesregierungen mit geringfügigen, der Eigenart einzelner Länder angepaßten Abänderungen auf allgemeine von der Reichsregierung ausgearbeitete Grundzüge für die Prüfung der Lichtspielvorführer geeinigt. Künftig hat das in einem Lande erteilte Zeugnis Gültigkeit für das ganze Reichsgebiet. Dieses Vorführerzeugnis kann nur durch Ablegung einer Prüfung erworben werden. Die von den Landesregierungen nach Bedarf errichteten Prüfstellen setzen sich zusammen aus einem beamteten fachverständigen Vorsitzenden, einem Beamten der Berufsfeuerwehr und einem geprüften, von dem Verbands der Berufsvereinigungen vorzuschlagenden Lichtspielvorführer. Als Mindestalter zur Ausübung des Vorführerberufes ist das einundzwanzigste Lebensjahr bestimmt.

Am 1. Konzert der Volkshörner, am Sonntag, den 8. Oktober, mittags 4,12 Uhr im Theater am Schauspiel, wird Dr. Ernst Rander mit dem Berliner Volkshörner und dem Wilmersdorfer Musik-Abte zu dem neuesten Grammeleus und die erste Palustrandnacht von Mendelssohn zur Aufführung bringen. Solisten: Prof. Ferd. Gregor, Gesang; Paula Weinbaum, Paul Bauer, Kammerorganist Werner Engel.

Reichs-Film-Wühne. Propagandavorträge in anderen Diensten, Mittwoch, Donnerstag und Freitag im Saal Königsdank, Große Frankfurter Str. 17, 5 und 8 Uhr; Mittwoch, Donnerstag, Freitag Brauerei Friedrichshagen; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag Brauerei Adolphshof, Schönhauser Allee, 8 Uhr abends, statt Kinder haben zu diesen Veranstaltungen keinen Zutritt!

„Die Nachreize“ von Kadhn werden am 1. Oktober, abends 8 Uhr, in der Alten Garnisonkirche aufgeführt. Eintritt im Vorverkauf 15—25 M., an der Abendkasse erhöhte Preise.

Die feine Strafe.

Von Paul Pagan.

Durch die Strafe, in der ich wohne, kommt häufig ein Mann mit einem Kartoffelkarren.

Das ist eine sehr vornehme Strafe mit eleganten Häusern. Hier wohnen nur feine Leute mit der guten und gediegenen Gesinnung des früheren Stils.

Sie sind so feierlich, daß der Mensch bei ihnen erst beim Offizier anfangt, und daß der Portier, wenn er nicht vor ihnen auf dem Bauch lag, das Haus verlassen mußte. Der Hauswirt aber fand das alles herrlich und freute sich, daß er so seine Mieter in seinem Haus hatte.

Und sie sind auch heute noch so vornehm, daß selbst in ihren Küchen ein Bild vom Kaiser und von Hindenburg hängt. (Jetzt wird höchstwahrscheinlich die neue hohe Gemahlin des Herrn in Doorn bezugehängt werden.)

Das alles kann ich aus den Fenstern meiner Wohnung sehen, und ich freue mich immer wieder von neuem über diese erhebenden Eindrücke und über die schöne Aussicht auf Müllkästen und Teppichkopplangen.

Meine Wohnung geht nämlich nach dem Hof (in dieser feinen Gegend sagt man „Garten“) hinter den hochherzoglichen Häusern, und meiner Wohnung gegenüber liegen die Küchenfenster der vornehmen Wohnungen.

Wenn aber die Köchinnen gut gelaunt sind, öffnen sie die Küchenfenster, und dann kann ich wenigstens riechen, was die feinen Leute essen, und das hat auch seine Reize.

Wo durch diese vornehme Strafe kommt der Mann mit dem Kartoffelkarren.

Er zieht den Wagen und seine Frau schiebt. Dem Mann hat der Krieg ein Bein ausgerissen. Er atmet schwer und schleppt seine Last nur mühsam vorwärts.

Die Frau aber steht aus, als ob sie schon lange nicht mehr weiß, wie das ist, wenn man sich fassen kann.

Zu dem Mann und der Frau gehört noch ein Dritter, ein Klerik mit trummern Rücken und einem Gesicht, als ob alle Nöte und Sorgen rücksichtslos an ihm gerissen hätten.

Man wird mir zugeben müssen, daß diese drei ganz und gar nicht in die vornehme Strafe gehören und das höchste Mißfallen der feinen Leute erregen müssen.

Der Alte geht auf die Höhe und ruft mit bleicher Stimme die Kartoffeln aus: „Prima weiße Kartoffeln, dreieinhalb Mark das Fund!“

Manchmal klingt das auch so, als ob jemand auf ein Stück Blei klappt.

Gestern war er wieder auf dem Hof, und ich beobachtete den Alten und wunderte mich, daß dieser Ausgebeutete und Ausgepumpt bei allem Wind und Wetter noch immer sein Gewerbe treiben mußte, da doch alle „besseren“ Bürger wissen, daß alle Ausbeuter reiflich reiche Leute sind.

An dem Küchenfenster der einen eleganten Wohnung standen zwei hoffnungsvolle Sprößlinge von acht und neun Jahren, und bemühten sich, die armselige Stimme des Ausrufers nachzuahmen.

Die Knaben waren früher der Stolz der Adeltaanstalt gewesen, und da eine rohe Republik diese feudale Einrichtung abgeschafft, müssen sie sich doch ein anderes Vergnügen suchen, und das finden sie natürlich am besten und bequemsten, wenn sie mit einem alten Arbeiter Schindluder treiben.

Der alte Mann lachte zu den Scherzen der jungen Herren. Mein Gott, Geschäft ist Geschäft, und er konnte ja nicht wissen, ob die Eltern dieser lieben Kinder nicht Kartoffeln von seinem Karren kaufen.

Dann brachten die Knaben einen Krug mit Wasser an das Fenster und gossen es dem alten Mann auf den Kopf.

Da aber schimpfte der alte Mann, redte den Arm zum Fenster und rief: „Euch Stroche müßt man doch gleich in die Presse hau'n, daß ihr den Eingang nicht mehr find't!“

Solche Worte fand ich natürlich namentlich häßlich bei einem so harmlosen Vergnügen der Kinderchen.

Genau so dachte auch die Mama der kleinen Spaßvögel, die auf das Schimpfen des Alten herbeigeeilt kam.

Sie musterte ihn erst durch ihre Brille und dann sagte sie so spitz, als ob sie dem alten Arbeiter ins Gesicht spuckte: „Unglaublich, daß solch Gefindel in die Häuser und auf die Höhe gelassen wird. Aber natürlich, in dieser zuchtlosen Zeit, wo ein Portier es wagen darf, zu sagen, daß er Sozialdemokrat ist! Die Hande steck' ja unter einer Decke. — Kommt Kinder, Ihr beschmutzt Euch nur.“

Das fand ich nun eigentlich verkehrt, denn ihre Knaben hatten doch den Alten beschmutzt, aber jedenfalls hatte ich recht, wenn ich meinte, daß „so was“ man sich nicht in einer solch vornehmen Strafe bieten lassen dürfte.

Ein Berliner Raffael-Bildnis nach Amerika verkauft. Das berühmte Bildnis des Giuliano de Medici von der Hand Raffaels, das seit 1907 im Berliner Privatbesitz sich befindet, ist, wie man hört, von seinem Besitzer Oskar Hudschinsky nach Amerika verkauft worden. Das Bildnis steht auf der Liste der national wertvollen Kunstwerke, die im Anschluß an die Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken vom 11. Dezember 1919 aufgestellt wurde. Nach § 4 der Bestimmungen dieser Verordnung ist auf Antrag der Reichsregierung die Genehmigung zur Ausfuhr an die Bedingung zu knüpfen, daß der Reichsbank das durch den Verkauf entstandene ausländische Guthaben zwecks Verwertung zur Verfügung gestellt wird. Ferner darf der hierfür zuständige Ausschuss seine Zustimmung nur erteilen, wenn der materielle Gewinn des Reiches den Verlust des Kunstwerkes rechtfertigt. Da aber in einer solchen Frage letzten Endes nicht nur finanzielle Erwägungen entscheidend sein dürfen, so wäre es interessant, zu erfahren, welche Stellung die Kunstverwaltung zu dieser Ausfuhrerlaubnis einnimmt.

Russische Theaterdekorationen in Berlin. Die Dekorationen und Kostüme des russischen „Romantischen Theaters“, das im Oktober im Apollo-Theater seine Spielzeit eröffnet, stammen von 5 Künstlern, von denen bisher nur Tschelitschew der Ber-

Erbärmliche Gesellen.

Nach der Büge die Fälschung.

Die Kommunisten benötigen für ihren Betriebsräterummel einer zugräftigen Parole gegen die „verräterischen Gewerkschaften“ des ADGB. Sie glauben sie gefunden zu haben in den sozial konfus und falschen Meldungen über eine Mitwirkung des ADGB bei der Durchführung des Sinnes-Lubersoc-Abkommens. Inzwischen haben wir unwiderleglich nachgewiesen, daß von einer Beteiligung deutscher Gewerkschaften an diesem Vertrag gar keine Rede sein könne, daß vielmehr die Mitwirkung deutscher Arbeiterorganisationen sich lediglich auf die Verhandlungen zwischen dem „Verband sozialer Baubetriebe“ und einem schon vor mehr als halbes Jahr ins Leben gerufenen französischen „Aktionsausschuß“, der in engster Fühlung mit dem französischen Gewerkschaftsbund und in stärkster Opposition zu den hinter Lubersoc stehenden „Genossenschaften“ den Wiederaufbau Nordfrankreichs auf dem einmütigen Wege und unter Führung der Arbeiterschaft beider Länder verfolgt, erstreckt.

Das hat natürlich die „Rote Fahne“ nicht daran gehindert, ihre dreifache Büge, die sie für den bestimmten Zweck des „Rätekongresses“ braucht, aufrechtzuerhalten und weiterzuspinnen. Dazu über verläßt sie jetzt das etwas heiß gewordene Gebiet Sinnes-Lubersoc und versucht, den Wiederaufbauvertrag zwischen einem französischen und dem deutschen Lehrer-Siemens-Konzern, zu dem wir bereits ausführlich Stellung genommen haben, für ihre Lügenpropaganda heranzuziehen. Sie schreibt in ihrer Dienstagmorgenausgabe:

„Seht veröffentlicht der Pariser „Populaire“ eine Meldung, die den Artikel des „Vorwärts“ als scheinheiliges und lägerliches Gerücht entlarvt. Das Zentralorgan der französischen Sozialdemokraten, das gewiß nicht „kommunistischer Verleumdungen“ verdächtig ist, läßt sich folgenden Bericht entschlüpfen:

„Es sind gegenwärtig Verhandlungen zwischen Jouhaux und Herrn von Siemens im Gange, die auf die Initiative der deutschen Gewerkschaftsführer hin eingeleitet wurden.“

Die Gewerkschaftsführer verhandeln also hinter dem Rücken der organisierten Arbeiter mit dem Großkapitalisten Siemens.“

Wir haben uns daraufhin die betreffende Meldung des „Populaire“ (vom 23. September) näher angesehen. Und was fanden wir darin? Anknüpfend an die Mitteilung, daß der Lehrer-Brice-Vertrag die Verwendung Tausender deutscher Arbeiter vorsieht, heißt es in dieser Meldung:

„Daher sind Verhandlungen zwischen Jouhaux und Herrn von Siemens im Gange, die auf die Initiative deutscher Gewerkschaftsführer eingeleitet wurden, um die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter in Frankreich festzusetzen.“

Der ganze Schluß des Satzes ist von der „Roten Fahne“ einfach weggelassen worden. Dadurch ist das Bild des Kommunistenblattes zu einer ganz groben Fälschung geworden. Denn der Zweck dieser Verhandlungen ist ganz eindeutig: Da vom Lehrer-Siemens-Konzern deutsche Arbeiter zu Tausenden gewonnen und nach Nordfrankreich geschickt werden sollen, ist es die selbstverständliche Pflicht der deutschen Gewerkschaften, dafür Sorge zu tragen, daß diese deutschen Wiederaufbauarbeitern in bezug auf Lohn und Arbeitszeit, hygienische und sozialpolitische Einrichtungen, Koalitions- und Bewegungsfreiheit Garantien gegeben werden, damit sie drücken nicht zu Lohnsklaven und Arbeitskulis herabgewürdigt werden. Das ist immer das Bestreben der deutschen Gewerkschaften, auch bei früheren Verhandlungen, gewesen, die nicht zuletzt an diesen von französischer gewerkschaftlicher Seite unterstützten Gewerkschaftsforderungen gescheitert waren. Daß nun Jouhaux gebeten wurde, die Erlangung dieser Garantien durch Verhandlungen mit dem deutsch-französischen Unternehmerkonzern zu erwirken, ist nicht nur ganz natürlich, sondern im höchsten Maße dankenswert.

Es gehört die ganze Erbärmlichkeit kommunistischer Redakteure dazu, zu wünschen, daß deutsche Proletarier ohne jegliche Garantien nach Frankreich entsandt werden. Das Fälschungswortlaut der „Roten Fahne“ ist für die moralische Verleumdung dieser Gesellen kennzeichnend, die auf der Suche nach einem zugräftigen Schlagwort gegen die Gewerkschaften eine Aktion mit Schmutz bewerkeln, für die die deutsche Arbeiterschaft nur Dank und Anerkennung schuldet.

Auch ein kommunistischer Erfolg.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Die kommunistischen „Aktionen“ in Hamburg haben einen Erfolg gezeitigt, den die Kommunisten sich selbst nicht haben träumen lassen. Hamburg, das nur zum kleinsten Teil besetzt ist, hatte bisher in diesem besetzten Teil kaum dieselben Freiheiten bei Veranstaltungen von Versammlungen usw. als wie alle unbesetzten Gebiete Deutschlands. Nunmehr hat die Besatzungsbehörde verfügt, daß alle Versammlungen, auch privater Natur, der gesamten Stadt Hamburg bei der belgischen Besatzungspolizei 5 Tage vorher anzumelden sind. Die Anmeldung muß sogar in dreifacher Ausfertigung, und zwar in französischer und deutscher Sprache, erfolgen. Das bedeutet für die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eine starke Erschwerung ihrer organisatorischen Arbeiten. Die SPD-Presse hat nun nichts Besseres zu tun, als über die freigewerkschaftlichen und SPD-Führer herzufallen und ihnen die Schuld für diese Verfügung anzuhängen. Daß sie selbst mit ihrem Vorgehen die Besatzungsbehörde dazu veranlaßt haben, scheint den Kommunisten gar nicht einzufallen.

Die „Goldfrau“.

Vor einem Lebensmittelgeschäft im Südosten räkelt sich eine mächtige Schlange. Aus Menschenleibern gebildet. Auchweise juckt der Kopf und zieht der Schwanz nach. Es gibt Zucker. Für billigen Preis sogar. Billiger jedenfalls als an anderen Stellen. Beim Einkauf in bestimmter Mindesthöhe erhält der Käufer ein halbes Pfund der so heiß begehrten Süßigkeit. Woher der gute Mann den diesen Zucker hat, ist gleichgültig. Niemand zerbricht sich darüber den Schädel. Hauptfrage bleibt: Kriegen!

Ein Grüner hält strenge Wacht. Langsam schlängelt er sich an einen zwölfjährigen Jungen heran. „Na, Freundchen, willst Du auch Zucker und anderes kaufen? Du hast ja gar keinen Korb und keine Tasche bei Dir!“ Der Junge lacht led. „Braucht' ich doch nich. Ich laufe bloß und bezahle. De Ware halt sich die Goldfrau später offene.“ Der Beamte läßt nicht locker. „Die Goldfrau... wer ist denn das? Hat die soviet Gold zum Kaufen?“ Fast mitleidig sieht der Junge den Grünen an. „Ne, Herr Wachmeister, Zwanzigmorkstücke hat se nich, aber dieke Beene. Mit die kann se nich so lange ansteh'n. Deshalb schickt se mir hierher. Ich bezahle, nehme den Raffenzettel und bringe ihn ihr hin. Et is die Frau aus der Goldwarengeschäft in de... straße.“

Der Grüne sieht sich aus der Schlange noch zwei andere Jungens heraus. Da kommt es zum Klappen... die sind auch von der geschwollenen Goldfrau abgeschickt. Wie viele Pfunde Zucker mag sie schon gehamstert haben! Ob es beim Zuckermann für alle reicht und jeder etwas erhält, das geniert 'nen großen Schiebergeist nicht. Von solchen goldigen Frauen gibt es eine Menge... .

Nord-Südbahn Abschluß.

Keine Straßenbahn durch die Friedrichstraße.

Lange Jahre hindurch glied die Friedrichstraße einer einzigen langgestreckten Baustelle, die von einem Bau ohne Ende herrührte. Jetzt schließen sich die einzelnen Baustellen der Nord-Südbahn und machen der vorläufigen Pflasterung Platz, die dann nach einigen Monaten der endgültigen Pflasterung weicht. Im mittleren und südlichen Teil der Friedrichstraße wird mit der Herstellung des endgültigen Pflasters demnächst begonnen werden, nachdem einige Fragen grundsätzlich geklärt worden sind. Es handelt sich um die Wiederrückverlegung der Straßenbahnlinien durch den südlichen Teil der Friedrichstraße von der Kochstraße bis zum Belle-Alliance-Platz. Es ist hier nun entschieden worden, daß auch dieser Teil der Friedrichstraße in Zukunft ohne Straßenbahngleise bleiben soll. Die Straßenbahnlinien sollen in Zukunft die gleichen Wege nehmen wie in den letzten Jahren. Die beiden von Marienborf kommenden Straßenbahnlinien sollen weiterhin bis in die Nähe des Potsdamer Platzes durch die Prinz-Albrecht- und Zimmerstraße geführt werden, während die Reußener Straßenbahnlinien 55 und 156 weiterhin durch die Marktgrafen- und Kochstraße verkehren sollen. Auch die Linie 66 soll ihren bisherigen Weg behalten, so daß die südliche Friedrichstraße auch in Zukunft keine Straßenbahn mehr erhalten wird. Dagegen sollen die Kraftomnibusse der Linie 4 durch die Friedrichstraße geführt werden.

Großfeuer in einer Getreidemühle.

In der vergangene Nacht ist die Getreidemühle von F. Jänike in Großbeeren von einem großen Brande betroffen worden. Auf die Meldung von dem Feuer rüchten zahlreiche freiwillige Ordonnen aus der Umgegend nach der Brandstelle aus, die schon von weitem sichtbar war. Der Brand war im Dachstuhl der Mühle, die jetzt voll beschäftigt ist mit der Ausmahlung von Roggen, ausgekommen und hatte den Dachstuhl in ganzer Ausdehnung erfaßt. Die Lichterfelder Feuerwehr griff mit zwei Schlauchleitungen an und unterstützte die Ordonnen von Groß- und Kleinbeeren. Auch die Marienfelder Wehr leistete wackeren Beistand. Außerdem waren die Wehren von Tempelhof, Mahlow, Osdorf, Niedersdorf usw. zur Stelle. Den vereinten Anstrengungen gelang es, den gefährlichen Brand auf den Dachstuhl, der vollständig eingestürzt ist, zu beschränken. Der Schaden ist natürlich sehr groß, denn die Mühle hat durch Wasser gestaut und liegt nun still. Der Wiederaufbau dürfte im Winter erfolgen. Ueber die Entschädigung verläutet noch nichts. Es liegen bis jetzt nur Vermutungen vor.

Ein Reinfall.

Der Lanfwiher Schulstreit, der seit den Kapp-Tagen die Deffentlichkeit immer wieder erregte und das Ministerium sowie den Landtag beschäftigte, hat in einem Beleidigungsprozeß des deutschnationalen Direktors Roth gegen unseren Genossen Dr. Ostrowski, jetzt Bürgermeister in Finsterwalde, sein Ende gefunden. Genosse Ostrowski hatte in seiner Eigenschaft als damaliger Gemeindevorsteher gegen den deutschnationalen Schulgewaltigen wegen Teilnahme am Kapp-Unternehmen ein Disziplinarverfahren veranlaßt, das für den „republikanischen“ Schulbeamten Roth mit einem Verweis und seiner Versetzung nach Potsdam endete. Das Vorgehen gegen den Rektor, an dem unsere Parteigenossen und parteigenössigen Lehrer in Lanfwich aktiv teilnahmen, enthielt der Deffentlichkeit die Zustände an der Schule. Auf Betreiben seiner Parteileute hatte der deutschnationale Herr die Rühtheit, unsere Genossen Ostrowski hinterher wegen Beleidigung zu verklagen. Als das Schöffengericht Lichterfelde Ostrowski verurteilte, leitete die rechtsgerichtete Presse den „Märtyrer“ Roth. Jetzt aber ist das Landgericht als Berufungsinstanz nach fünfzehntägiger Verhandlung, zu der ein großes Zeugenaufgebot aus Lehrertreffen erschienen war, zu einem völligen Freispruch unseres Genossen Ostrowski gekommen. Die deutschnationalen Herrschaften mußten erleben, daß ihr Freund Roth dazu noch wegen Beleidigung Ostrowskis zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Ein schwerer Reinfall!

Aufschläge auf vereinbarte Preise.

Man schreibt uns: Der Verband Berliner Gewerbetreibender der Herrenmachschneiderei kündigt nicht nur Preiserhöhungen auf Neubestellungen an, sondern macht auch bekannt, daß diejenigen, die im Juni dieses Jahres zu festen Preisen Maßkleidung bestellt haben, hierauf 60 Proz. mer im Juli den Auftrag erteilte, 50 Proz. mer und wer im August eine feste Preisvereinbarung traf, 30 Proz. mehr bezahlen soll, als er vertraglich vereinbart hatte. Gegen die Preiserhöhung an sich wird man bei der augenblicklichen Wirtschaftslage nicht viel einwenden können. Höchstens kann man in Zweifel sein, ob das Ausmaß dessen, was die Herrenschneider mehr verlangen, berechtigt ist. Wogegen man sich aber mit aller Energie wenden muß, ist der Standpunkt der Maßgeschäfte, auf feste Preisvereinbarungen Aufschläge zu nehmen. Wenn ein derartiger Brauch weiter im Geschäftsleben einreifen sollte — er hat leider schon zu sehr im sich gegriffen —, dann stehen Verträge überhaupt nur auf dem Papier. Sie werden nicht eingehalten. Wenn der Schneider zu dem vereinbarten Preise den Anzug nicht herausgeben will, lasse man sich auf Kosten des Schneiders bei einem Maßgeschäft einen Anzug ähnlicher Qualität und Art anfertigen und klage die Differenz bei dem Schneider, der den Anzug nicht zu dem vereinbarten Preise geliefert hat, ein. Wer aber über die Mittel, ein derartiges Verfahren einzuschlagen, nicht verfügt, der muß entweder den prozentualen Zuschlag zahlen oder er kann den Schneider auf Vorforderung des Anzuges zu dem vereinbarten Preis verklagen. Die Schneider wissen genau, daß diesen Weg die wenigsten gehen werden. Wenn sie aber selbst auf Schadenersatz verklagt

werden, so dauert der Prozeß sehr, sehr lange Zeit. Inzwischen hat sich der Entwertungsprozeß der Ware weiter fortgesetzt und das, was der Kläger an Schadenersatz zugebilligt erhält, ist natürlich sehr viel weniger wert als zu der Zeit, in welcher er die Klage einreichte. Dieser Zeitpunkt ist nämlich für die Höhe der Schadenersatzforderung maßgebend. Das wissen die Schneider und deshalb kann ihr Verfahren gar nicht hart genug gekennzeichnet werden.

Festnahme eines Millionendiebes.

Ein Millionendiebstahl in Leipzig ist durch die hiesige Kriminalpolizei aufgekärt worden. In dem Kaufhaus Eihof in Leipzig fand für 3 000 000 M. Pelz- und Lederwaren gestohlen worden. Von der hiesigen Kriminalpolizei war nun ein Mann festgenommen worden, der sich Koslow nannte, vom Erkennungsdienst aber als ein aus dem Zuchthaus in Görlitz entprungener Töpel festgestellt. Bei ihm wurden Handtaschen gefunden, die mit denen in Leipzig gestohlenen übereinstimmten. Da weiter ermittelt werden konnte, daß Töpel in Leipzig gewesen war, fuhrten Berliner Beamte dort hin und sie konnten feststellen, daß die bei dem in Berlin Verhafteten tatsächlich aus dem Einbruch herrührten. Töpel wollte zur Zeit des Einbruchs in Jena gewesen sein. In Leipzig ergaben die Nachforschungen, daß er dort bei einer Frau mit einem Freunde als Wäschebäcker gewohnt hatte. Als dann Töpel die von ihm ausgefertigten Fremdenzettel vorgelegt wurden, sah er ein, daß sein Zeugnis wertlos war und er gab an, daß er mit seinem Freunde, einem gewissen Kranzowski, den Einbruch ausgeführt hat. Töpel war nach seinem eigenen Verständnis zweimal auf das Dach hinaufgestiegen und hatte sich an einem Seit im Dachstuhl des Kaufhauses hinuntergelassen. Während sie den größten Teil der Taschen in einem Koffer auf dem Bahnhof in Leipzig zur Aufbewahrung gaben, brachten sie die Pelze nach Berlin, wo sie auch einen Käufer fanden. Diese konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Die Tropfsteinhöhle in der Kottboder Straße.

Zu dem Artikel „Tropfsteinhöhle in der Kottboder Straße“ in Nr. 445 vom 20. September 1923 gibt uns die Städtische Bau-polizei durch den Magistrat nachstehende Erklärung: „Die städtische Bau-polizei hat den Eigentümer des Grundstückes Kottboder Straße 44 bereits aufgefordert, den zerstörten Dachstuhl wiederherzustellen oder mindestens mit einem Notdach zu versehen. Im übrigen geht die Zuständigkeit der Bau-polizei für den Fall, daß der Eigentümer dieser Aufforderung nicht nachkommt, nicht weiter, als den Bewohnern der gefährdeten Räume deren weitere Benutzung zu untersagen. Das Wohnungsamt wird von der Bau-polizei wegen etwaiger Unterbringung der betreffenden Bewohner benachrichtigt werden.“ — Diese Erklärung der Bau-polizei kann man also dahin deuten, daß sie unter Umständen den Reuten, die kein Dach über dem Kopf haben, huchhüßlich den Boden unter den Füßen wegziehen wird. Wenn der Wirt sich weigert, sein Haus instandzusetzen, werden also die unglücklichen Mieter dafür bestraft.

Noch keine Freigabe der Zentralheizung.

Seitens des Kassenamtes der Stadt Berlin ist die Inbetriebsetzung der Zentralheizungsanlagen in Groß-Berlin in diesem Winter noch nicht freigegeben. Auf diese Anfragen, ausnahmsweise in einigen Fällen die Erlaubnis zur Heizung zu erteilen, sind bisher vom Städtischen Kassenamt abschlägige Antworten gegeben worden. Für Groß-Berlin benötigt man bei 200 Heizungsanlagen eine Kohlenmenge von 16 800 000 Zentnern Koks und Steinkohle, das heißt pro Tag 84 000 Zentner. Bei der jetzigen Geldentwertung würde das einem Betrag von täglich 42 Millionen Mark gleichkommen. Das Kassenamt ist daher noch nicht in der Lage, schon heute einen bestimmten Termin anzugeben, an welchem die Zentralheizung wieder in Betrieb gesetzt wird. Es kann noch nicht gesagt werden, ob die benötigten Mengen überhaupt herankommen, denn ein Bergarbeiter- oder Eisenbahnerstreik würde alle Berechnungen über den Haufen werfen und ein Zusammenbruch der Kohlenbelieferung im Januar oder Februar würde unbedingt furchtbare gesundheitliche Schäden mit sich bringen. Es ist, wie wir ferner erfahren, anzunehmen, daß in den ersten Tagen des Oktober die gefällige Freigabe der Zentralheizungsanlagen für Groß-Berlin erfolgen wird.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Todessturz eines Kindes. Am Montagmorgen spielte ein in der Wohnung, Neue Hofstr. 38, allein zurückgelassenes Kind, der sechsjährige Kurt Wiehe, am Fenster und lehnte sich hierbei zu weit hinaus. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte aus der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße. Ein Wagen des Rettungsamtes schaffte das verunglückte Kind nach dem Kinderkrankenhaus, wo es bald nach der Einlieferung starb.

Gegen die Schließung des Montessori-Kinderheims (in Lanfwich) richtete sich eine Protestversammlung, die vom „Deutschen Montessori-Komitee“ einberufen wird und am 27. September um 7 1/2 Uhr im Berliner Zentralfstitut für Erziehung und Unterricht (Potsdamer Straße 120) stattfindet. Vorträge mit Film und Lichtbildern sollen über die Montessori-Methode belehren und die Notwendigkeit der Schließung von Montessori-Kinderheimen zeigen. Als Redner sind u. a. gemeldet: Clara Grunwald, Prof. Dörflich, Antonie Pfaff, Anna Siemsen.

Ein internationaler Wettbewerb für motorlosen Segelflug und für Flugzeuge mit kleinem Motor wird im Frühjahr 1923 in Rom von dem römischen Aeroklub veranstaltet werden. Es sind zahlreiche Preise gestiftet worden.

Der Berg auf dem Kaffeehaus. Wie aus Stockholm gemeldet wird, erfolgte am Montag am Stadgardehasen ein großer Bergsturz, durch den ein Kaffeehaus und ein Kaffeehaus zerstört wurden. Die Aufräumungsarbeiten sind noch nicht beendet. Man nimmt an, daß fünf Personen getötet worden sind.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Hellwelle möglich, sonst trocken und bläulich heiter, nachts sehr kühl, am Montag ziemlich mild bei mäßigen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Bezirksvorstände und Abteilungsvorstände! In der Konferenz am Mittwoch, den 27. September, abends 6 Uhr, in den Publ.-Sälen, Neue Königl. 26, wird besonderer Wert auf das Erscheinen der Abteilungskassierer gelegt.

Morgen, Mittwoch, den 27. September:

- 7. Ubr. Abends 7 1/2 Uhr, Abends bei 200, Bergstr. 72, bei Bümalde, Schlegelstraße 8, bei Neu, Münchstraße 1 und bei Dieder, Poppenstraße 12.
- 8. Ubr. Der Abends 8 Uhr.
- 9. Ubr. Abends 7 1/2 Uhr, Abends bei Meißner, Schlegelstraße 84 und Goldschmidt, Stolpische Str. 38.
- 10. Ubr. Abends 7 1/2 Uhr, Abends bei Stein, Passauer Str. 38, Frauenverammlung. Thema: Marktentwertung und Preisbildung. Ref. Gen. Göring.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Kartographische Vereinigung Stolze-Schrey, Groß-Berlin, D. K. n. 1. Kreis: Am Montag, den 24. September, abends 8 Uhr, abends 7 1/2-10 Uhr, Gemeindeküle, Stragmannstr. 6. Redungsabende: Neu 11 u. jeden Donnerstag, abends 7 1/2-10 Uhr, Gemeindeküle, Bobbinstraße 55/56. Oberisch-Schneide, jeden Montag, abends 7 1/2 bis 9 Uhr, Gymnasium, Reppelstr. D. K. n. 1. Kreis, jeden Freitag, abends 7 1/2-10 Uhr, Gemeindeküle, Stragmannstr. 6.

Devisenkurse.

	26. September		25. September	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
100 holländische Gulden . . .	66679.05	66820.95	54531.75	54668.25
1 argentinischer Papier-Peso . . .	515.55	517.15	494.37 1/2	495.62 1/2
100 belgische Frank.	—	—	10162.25	10187.75
100 norwegische Kronen	24769.—	24831.—	28770.25	28829.75
100 dänische Kronen	30411.00	30488.10	29368.25	29436.75
100 schwedische Kronen	38651.60	38748.40	37253.85	37346.65
100 finnische Mark	3196.—	3204.—	3091.10	3098.90
1 japanischer Yen	—	—	670.15	671.85
100 italienische Lire	—	—	5942.55	5957.45
1 Pfund Sterling	6441.90	6458.10	6327.30	6342.80
1 Dollar	1458.17	1461.88	1405.74	1409.86
100 französische Frank.	—	—	10761.50	10788.50
1 brasilianischer Milreis	—	—	167.79	168.21
100 Schweizer Frank.	—	—	26967.—	26433.—
100 spanische Pesetas	—	—	21548.—	21602.—
100 österr. Kronen (abgesl.)	1.75	1.82	1.90 1/2	1.94 1/2
100 tschechische Kronen	4324.30	4335.70	4454.40	4465.90
100 ungarische Kronen	58.82	59.08	55.93	56.07
100 bulgarische Leva	848.90	851.10	818.95	816.05

Gewerkschaftsbewegung

Die städtischen Löhne und Gehälter.

Zür Arbeiter und nichtständig Angestellte.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Magistrat in seiner heutigen Sitzung dem Verhandlungsergebnis der Magistratskommission und der Arbeitergewerkschaften über die Regelung der Septemberlöhne der städtischen Arbeiter zugestimmt, so daß die Auszahlung der Unterschiedsbeträge sobald es möglich erfolgen kann. Trotz wiederholter Bemühungen der Magistratskommission war eine Einigung mit sämtlichen Angestelltenverbänden über die Regelung der Gehälter der nicht ständig Angestellten für September nicht rechtzeitig herbeizuführen. Erst heute konnte mit der Mehrzahl der an dem Tarifvertrage beteiligten Verbände, nämlich dem Gesamtverbande deutscher Angestellten-Gewerkschaften, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, eine Einigung erzielt werden. Die Gehaltszüge der Angestellten sollen sich hierauf nach wie vor der Regelung der Staats- und Kommunalbeamtengehälter an. Weiterer Regelung vorbehalten ist nach der endgültigen Vergleich der Angestellten-Gehaltsgruppen mit den Gruppen der städtischen Besoldungsordnung, da diese bis jetzt noch der allgemeinen Regelung der Kommunal-Aufsichtsbehörde entbehrt. Die Septemberbezüge der Angestellten stellen sich hiernach in den einzelnen Gruppen als Anfangssätze auf 14 000 bis 17 000 M. Dazu treten Kinderbeihilfen in Höhe von 1554 bis 2331 M. monatlich. Diesen Sätzen entsprechen im August die von dem besonderen Schlichtungsausschuss im Reichsarbeitsministerium als richtig im Vergleich zur städtischen Besoldungsordnung anerkannten Vergütungen von 7400 bis 9000 M. Der Magistrat wird zu diesem Verhandlungsergebnis in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen, damit die Auszahlung der Unterschiedsbeträge auf tarifrechtlicher Grundlage sobald wie möglich erfolgen kann.

Der Zentralverband der Angestellten ist in diesem Bericht nicht erwähnt, d. h. er ist an dem Abkommen nicht beteiligt. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Lohnverhältnisse in den städtischen Krankenhäusern.

Die Sektion Gesundheitswesen des Gemeindeförderverbandes schreibt uns: Geradezu unglücklich sind die Lohnverhältnisse, unter denen die in den städtischen Krankenhäusern beschäftigten Krankenpflege-Belehrpersonen zu leiden haben. Deren letzte Lohnvermehrung datiert vom 1. Oktober 1921 und beträgt monatlich 250 M. Von diesem fürstlichen Einkommen werden außerdem die geleisteten Leistungen in Abzug gebracht, so daß ganze 189 M. zur Auszahlung gelangen. Wenn auch diesen Lehrpersonen außerdem Kost und Logis gewährt wird, so ist es doch selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo beispielsweise ein paar Stiefelsohlen 850 M. kosten, mit einem Monatsgehalt von 189 M. nicht auszukommen ist. Am übrigen dürfte der Fiskus einzig dastehen, daß bei einer Arbeitnehmergruppe im Laufe des ganzen letzten Jahres keine Neueingehung der Entlohnung vorgenommen wurde. Die eifrigsten Bemühungen der Gewerkschaft waren bisher erfolglos, und zwar anscheinend aus dem Grunde, weil zwischen dem Tarifamt und dem Medizinischen Amt der Stadt Berlin Kompetenzstreitigkeiten entstanden sind, die auf dem Rücken dieser notleidenden Lehrpersonen ausgefochten werden sollen. Daß hier allerhöchste Abhilfe unbedingt notwendig ist, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Hoffentlich genügt diese Feststellung in der Öffentlichkeit, um sie herbeizuführen.

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Auf der Tagesordnung für die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes am Montag im Gewerkschaftshaus standen als Hauptpunkte „Bericht vom Verbandstag“ und „Beschlusfassung über Ortszuschläge zu den sachungsmäßigen Verbandsbeiträgen“. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen referierte Ortman über die Beitragsregelung. Der Verbandstag hat für die Beitragszahlungen 6 Klassen vorgesehen und den Beitrag nach den Löhnen festgesetzt. Klasse 1 bei einem Verdienst bis zu 500 M., Klasse 2 von 500 bis 1000 M., Klasse 3 von 1000 bis 1500 M., Klasse 4 von 1500 bis 2000 M., Klasse 5 von 2000 bis 2500 M. und Klasse 6 von 2500 bis 3000 M. Die Beiträge in diesen Klassen betragen: 6, 12, 18, 24, 30 und 36 M. Für die Ortszuschläge sollen Mindestsätze festgelegt werden. Es sind hierzu für die Klassen 1 bis 6 folgende Sätze vorgeschlagen worden: 2, 3, 6, 9, 12 und 15 M., so daß der Gesamtbeitrag (Verbandsbeitrag und Ortszuschlag) in diesen Klassen betragen würde: 8, 15, 24, 33, 42 und 51 M. Mitglieder, deren Wochenverdienst

3000 M. übersteigt, haben für jede weiteren 500 M., wenn der übersteigende Teil mindestens 100 M. beträgt, einen um je 7 M. erhöhten Beitrag zu zahlen.

Nicht vollbeschäftigte Stundenarbeiterinnen bezahlen bei einem wöchentlichen Einkommen unter 200 M. für zwei Wochen eine Beitragssumme 1. Klasse.

Die Erhöhung der Beiträge sei infolge der riesig gestiegenen Ausgaben für den Verband zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden und nicht mehr zu umgehen, zumal der Kampf um bessere Lohnbedingungen sich in Zukunft noch schwieriger gestalten werde. Diesen Kampf mit Erfolg zu führen sei nur möglich, wenn die Arbeitgeber wissen, daß die Kollegschaft über ausreichende finanzielle Mittel verfügen könne.

Die Diskussion zeitigte verschiedene Vorschläge. Schließlich wurden die Sätze nach dem Vorschlag der Bezirksverwaltung gegen 11 Stimmen angenommen.

Der Bericht über den Verbandstag wurde auf eine weitere Versammlung vertagt.

Die Löhne der Musiker.

Die Berliner Kinobesitzer berufen sich gegenüber dem Steueraussschuß u. a. auch auf die erhöhten Löhne, die sie zahlen hätten. Dazu sei bemerkt, daß bei den Verhandlungen der Musiker mit den Kinobesitzern über eine Lohnerhöhung für die zweite Septemberhälfte und für Oktober die Arbeitgebervertreter jegliche Lohnerhöhung verweigerten. Die Herren hatten davorhin keine Berechtigung, um sich eine günstigere Position zu schaffen, mit Lohnerhöhungen zu operieren, die sie den Angestellten vorenthalten. Die Musiker bilden im Kinogewerbe die Mehrzahl der Angestellten. Sie erhalten gegenwärtig einen Monatslohn von 8000 M., gegenüber einem Existenzminimum von 15 000 M. Um so mehr lehnen die Musiker es ab, als Kinoangestellte sich zum Vorspann für die Interessen der Unternehmer hinzugeben. Wehnlich liegen die Dinge im Gastwirtsgerberbe, nur daß hier ein Musiker monatlich ganze 5850 M. verdient. Obendrein ist den Musikern der Tarif gekündigt worden.

Betriebswirtschaft und Privatwirtschaft.

Wer als Betriebsrat, zumal in einem größeren Betriebe, tätig ist, wird schon nach kurzer Zeit seiner Praxis die Notwendigkeit erkennen, tiefer als bisher in den inneren Aufbau der Unternehmung einzudringen und sich Kenntnisse der privatwirtschaftlichen Form der Unternehmung und ihrer Stellung im Wirtschaftsleben zu erwerben. Ohne diese Kenntnisse wird ein Betriebsrat niemals in der Lage sein, von den ihm gesetzlich zugewiesenen Rechten, wie die Erteilung des Vierteljahrberichts durch den Unternehmer, Einsicht in die Betriebsbilanz, Mitgliedschaft im Aufsichtsrat, im Interesse der Allgemeinheit Gebrauch zu machen.

Die Unternehmungsformen der Großindustrie, die Betriebs- und Verwaltungsorganisation und vor allem die Arbeitsorganisation im modernen Großbetrieb, Buchhaltung und Bilanz, Selbstkostenermittlung, Kalkulation und Statistik, der wirtschaftliche und juristische Charakter der Kapitalgesellschaften — das alles sind Gebiete, mit denen sich der Betriebsrat vertraut machen muß, will er sich selbst den Einblick verschaffen, den ihm das Unternehmertum heute wesentlich vorenthalte.

Alle die hier angeführten Gebiete werden in den Kursen der freigezwecklichen Betriebsratenschule, die ihren neuen Unterrichtsabschnitt am 2. Oktober beginnt, behandelt. Hörearten zum Preise von 15 M. (für Arbeitslose unentgeltlich). Unterrichtsverzeichnisse und Werbeprospekte sind in der Betriebsratenzentrale, Engelauer 24/26, 2. Hof I, erhältlich. Ebenfalls dort finden Montags- und Freitags von 4-7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt.

Aber nicht nur für Betriebsräte sind diese Kurse bestimmt, sondern für alle freigezwecklich organisierten Arbeiter und Angestellten. Und auf keinem Gebiet ist die Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten so notwendig, wie gerade auf dem Gebiet der Betriebs- und Privatwirtschaft.

Freigezweckliche Betriebsratenschule.

Vor dem Abschluß von kaufmännischen Lehrverträgen.

1. Ehe man einen Lehrvertrag abschließt, erkundige man sich beim Sekretariat für die kaufmännische Jugend, Belle-Alliance-Straße 7/10, welcher Tarifvertrag für die betreffende Branche in Frage kommt.
2. Wer für die Zukunft seiner Kinder besorgt ist, darf nur die Bestimmungen des Tarifes als Grundlage des Lehrvertrages wählen. Das gilt insbesondere für Gehalt und Urlaub. Die Dauer der Lehrzeit muß möglichst kurz bemessen sein.
3. Die Bestimmungen des Vertrages, die Gehalt und Urlaub regeln, sollen ungefähr folgenden Wortlaut haben:

„Der Lehrherr zahlt dem Lehrling eine monatliche Vergütung nach dem für die Branche gültigen Tarif. Als Branche wird..... festgelegt. Dem Lehrling wird jährlich ein Urlaub nach den Bestimmungen des Tarifes gewährt. Der Urlaub muß auf Wunsch des Lehrlings in die Schulferien fallen.“

4. In dem Lehrvertrag soll enthalten sein, daß der Lehrherr sich verpflichtet, den Lehrling zum Besuch von Fach- oder Fortbildungsschulen anzuhalten und die Kosten für die Beschaffung der Lehrmittel sowie das Schulgeld trägt.

5. In allen Fällen hole man sich Rat und Auskunft über die Firma beim Zentralverband der Angestellten, Jugendsekretariat, Belle-Alliance-Str. 7/10, täglich von 10 bis 3 Uhr, Montags und Freitags auch von 5 bis 7 Uhr. Sonnabends von 10 bis 1 Uhr.

In der Wiener Metallindustrie wird seit 14 Tagen über die Auszahlung der nach dem Index fälligen Löhne verhandelt. Die Unternehmer suchen daran vorbeizukommen und beschließen, in den niederen Lohnkategorien Zulagen über ihr ursprüngliches Angebot hinaus zu machen — wenn die Arbeiter der höheren Lohnkategorien sich mit einer Herabsetzung der Indizes abfinden, wie sie die Unternehmer beantragten. In einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung des 40er-Ausschusses und des Hauptausschusses der Betriebsräte wurde der Beschluß der Unternehmer als eine Ablehnung der Arbeiterforderungen gewertet, und beschlossen, die Angelegenheit heute einer Obmannerkonferenz der Vertrauensleute zu unterbreiten.

Wirtschaft

Krise der deutschen Porzellan-Industrie. Nach einer Mitteilung der oberösterreichischen Handelskammer sind für die Porzellan-Industrie die mit der tschechoslowakischen Krone gestiegenen Preise für böhmische Steinkohle und böhmische Kaolin von einschneidender Bedeutung. Da zehn Tonnen böhmischer Steinkohle bis zu 200 000 Mark kosten, verzichten viele Fabriken auf den Bezug. Die Inlandskohle vermag keinen Ausgleich zu bieten. Die notwendige Folge hieron ist die Verminderung der Produktion, doch auch der Absatz bewegt sich bereits auf absteigender Linie. Das Ausland bleibt mit seinen Bestellungen schon seit geraumer Zeit hinter den gehegten Erwartungen zurück und das Inland wird täglich weniger lauffähig für das im Preise anziehende Porzellan.

Die Ernte in den deutschen Wolga-Kolonien. Nach amtlichen Berechnungen beträgt die diesjährige Getreidernte in den deutschen Wolga-Kolonien gegen 7 Millionen Pud, d. h. etwa 15 Proz. der durchschnittlichen Vorkriegsernte. Gegenwärtig ist die Herbstbestellung in vollem Gange; das bestellte Areal soll gegenüber dem Vorjahre um 30 Proz. vergrößert werden, doch macht sich ein starker Mangel an Arbeitsvieh fühlbar; auch sind die landwirtschaftlichen Geräte abgenutzt, die Kolonisten haben keine Mittel für Neuananschaffungen.

Polnische Kartoffelausfuhr. Nach einer Mitteilung aus dem polnischen Ackerbauministerium wird in diesem Jahre die Ausfuhr von 50 000 Waggons Kartoffeln aus Polen gestattet. Die polnische Kartoffelernte beträgt in diesem Jahre 2 815 593 Tonnen, d. i. gegen das Vorjahr zweimal so viel.

Die russischen Genossenschaften und der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag. Auf Veranlassung des Komitees für Regelung des Binnenhandels fand eine Konferenz von Vertretern verschiedener russischer Genossenschaftsverbände und größerer Genossenschaften statt, welche sich für die Bildung eines besonderen Ausschusses von Genossenschaftsvertretern zwecks Teilnahme an den Vorarbeiten für den deutsch-russischen Wirtschaftsvertrag aussprach.

Amerikanische Arbeiterbanken. In den Vereinigten Staaten entwickeln Arbeiterbanken neuerdings eine beträchtliche Tätigkeit. Zu ihrer Begründung haben u. a. folgende Erwägungen geführt: 1. die großen Kapitalien, über welche die Arbeiterverbände verfügen, und die sich auf 100 Millionen Dollar belaufen, 2. das Verlangen der organisierten Arbeiter, eine bedeutsamere Rolle als bisher zu spielen, 3. gegen wehr gegen die großen Bankvereinigungen, 4. Kreditbedarf der rasch fortschreitenden Konsumbewegung. Die erste Arbeiterbank wurde durch den internationalen Maschinistenverband unter Vorsitz von William H. Johnston begründet. Die Maschinisten tiefen im Jahre 1920 die Sparkasse des Mr. Vernon mit einem Kapital von 200 000 Dollar ins Leben. Das Kapital dieser Gesellschaft beläuft sich heute auf 2 Millionen Dollar.

Vor dem Inkrafttreten des amerikanischen Hochschuhzolltarifs war der Ansturm der Importeure, die beim New Yorker Zolldepartement Waren deklarieren, in den letzten Wochen so stark, daß bis Sonnabend an Zöllen drei Millionen Dollar täglich eingingen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Sahl, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Qualitätswaren!
Gummi Mäntel Joppen
Anzüge
Paletots
Schlüpfer
Ulster
Breches
Hosen
Stoffe
Damen-Mäntel
Petzwaren
Goldwaren
Wäsche
Röcke
Gardinen
Trikotagen

eihaus
CHARLOTTENBURG
Wilmerdorferstr. 127
Ecke Schillerin L. Hage

Auf Wunsch
Kaufmann
Teilzahlung
ohne
Neuzuschlag

Versuchen Sie
ebenfalls
andere
Käufer
Qualitäts-
waren
anorn
billig
zu kaufen.
Sie werden
staunen
und man
neuer Kunde
bleiben.

Allgemeine Ortsrententasse
für den Stadtbezirk Cöpenick.
Nachtrag
zur Tagesordnung der
außerordentlichen Hauptversammlung
am Dienstag, den 3. Oktober d. J.:
Veränderungen der §§ 1 und 34a der
Satzung.
Berlin-Cöpenick, 26. September 1922.
Der Vorstand: Otto Ridel, Bergr.

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2
Herrn- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
schöne Futterstoffe
bedeutend sater Preis

Gold
Silber
Platin
Zahngelbisse
Erich Fuhrmann
Goltzkowskystr. 13

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhilber
18 Köpenicker Damm 18
Schöne Reste
für
Herren-Anzüge
Mäntel
Kostüme
Kleider
in Stoff, Samt und
Seide, sowie Futter-
stoffe. Schönste sehr
große Auswahl.
Streu sehr bill.
in Qualität.

Gold
Silber
Platin
Brillanten
kauft reell zu
höchsten
Tageskursen
C. Käferle
Uhrenmacher - Juwelier
Friedrichstr. Altes 178

Gold-, Silber-,
Platin-Bruch
Zahngelbisse
kaufen reell zu
höchsten
Tageskursen
Gehr. Fuhrmann
Rollenborgerstr. 39.

Platin-Bruch
Gold-, Silber-,
Platin-Bruch
kauft
höchstahrend
Holzmarktstr. 5,
Passage

Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Bettwäsche
5 billige Ultimotage bis 30. September!
Zum Verkauf gelangen nur Waren guter Qualität von
alten Abschlüssen, daher weit unter Tagespreisen.
■ Versäumen Sie nicht die Gelegenheit! Die Preise steigen weiter! ■
Deckbettbezüge
aus gut. Wäschestoff u. Louisiana 585.- 795.- 975.- 1250.- 1425.-
Kissen 152.- 198.- 255.- 345.- 425.-
Laken in allen Größen ... 315.- 392.- 495.- 725.- 865.-
Inlette 985.- 1250.- 1675.- 1825.- 1995.-
Ueberschlaglaken herrliche Garnierungen, außerordentlich preiswert
Wäschestoffe Mtr. 148.- 163.- 188.-
Handtücher gestümt und gebündelt 82.- 93.-
Riesenauswahl in garnierter Bettwäsche, Ueber- u. Unterlaken,
Wäschestoffen, bunten Bezügen, zugeschnittener Bettwäsche
zum Selbstnähen, Handtücher, Wischtücher, Tischtücher.
Reelle
fachmännische
Bedienung.
Um den bei unseren Ausnahmetagen üblichen
Andrang zu vermeiden, bitten wir unsere
werte Kundschaft, möglichst auch die Vor-
mittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.
Kein Versand
nach
außerhalb.
Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik
Graefestraße 39 (Klosterhof) Fahrverbindungen: 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 13,
21, 31, 49, 55, 69, 106, 129, Autohubs A u. 4.
Brunnerstr. 10 (Insterplatz) Fahrverbindungen: 1, 2, 3, 8, 19, 11, 22, 27, 33,
34, 37, 48, 41, 42, 44, 50, 51, 27, 64, 99, 140, 144, 163, 3.

Strickjacken
aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-
jackchen etc. — Einzelverkauf bester
Qualitätsware
Billigste Bezugsquelle
Bruno Richter, Berlin-Pankow,
Mendelstr. 36, I.
Fabrik-Niederlage Thüring. Wolllwaren.
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 110
Fernruf: Pankow 3723

Möbel
kaufen Sie
sehr vorteilhaft
bei
G. Camnitzer,
Schölk. Allee 82,
Ecke Wilmers-
Hochb. Nordr.
Auf Wunsch bezugs-
Teilzahlung!

Zahngelbisse
bis 2000, bis 20000 M.
Gold- und Silberbruch
Isenthal, Gneisenaustraße 4
nur vorn 3 Treppen rechts.
Bei Ankauf wird Fahrg. d. vergütet

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
Edelmetalle
kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Hf. Frankl. Allee
Fahrgeleitvermittlung
Größtes Absatzgebiet für Handl.

Gold-,
Silber-, Platin-
Zahngelbisse, Uhren,
Ketten, Ringe, Laute
zu hohen Tagespreisen
Hahn & Co.,
Jugend- und Köpenick,
Königsstr., 30/31, 20

Zahngelbisse
sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
zurück. Gegenstände genau denselben Wert
kaufen und zahl höchste Tagespreise
Barthele Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2, v. 1. Treppen, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstraße

Zeitungs-
papier
gebündelt, 1/2
Sauer, Metz-
Lumpen, Kollon
L. H. Welle
Heukölln
Grenzstr. 178
Tägliche
Anzahl

Quecksilber
kauft höchstahrend
Heinrich Trapp, Bauhstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Metall
kauft reell zu
höchsten
Tagespreisen
Kupfer, Messing,
Wiel, Zink etc.

Ontregene Herren-
u. Damen Garderobe
sowie
ganze Nachlässe
kauft zu reellen
Preisen
Koch, Heukölln
Bergstr. 55, Laden